NTERNATIONALE ZUSAMMI VERTRAG UBER D GEBIET DES PATENTWESENS

ARBEIT AUF DEM KNS

Absender: MIT DER INTERNATIONALEN VORLÄUFIGEN

P	R	ÜF	UNG	BEAU	JF	TRAC	STE	BEH	IÖRDE.
---	---	----	-----	------	----	------	-----	-----	--------

PC 1_{23 DEC 2004} An: T-MOBILE DEUTSCHLAND GMBH T. Mobile Patentabteilung Landgrabenweg 151 SCHRIFTLICHER BESCHEID MRZ 2004 D-53227 Bonn **ALLEMAGNE** (Regel 66 PCT) 15001 Abteilung Patente / Lizemzen 8 Absendedatum 09.03.2004 (Tag/Monat/Jahr) Aktenzeichen des Anmelders oder Anwalts **ANTWORT FÄLLIG** innerhalb von 3 Monat(en) T01059 PCT ab obigem Absendedatum Internationales Aktenzeichen Internationales Anmeldedatum (Tag/Monat/Jahr) Prioritätsdatum (Tag/Monat/Jahr) PCT/DE 03/02121 25.06.2003 VOLUE BE Internationale Patentklassifikation (IPK) oder nationale Klassifikation und IPK Haupttermin H04Q7/38 <u> Eina.: 05, AFR. 20</u>04 Anmelder PA. Dr. Peter Riebling T-MOBILE DEUTSCHLAND GMBH et al. Bearb, Vergelegt

- Dieser Bescheid ist der erste schriftliche Bescheid der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde.
- 2. Dieser Bescheid enthält Angaben zu folgenden Punkten:
 - \boxtimes Grundlage des Bescheids
 - Priorität
 - III Keine Erstellung eines Gutachtens über Neuheit, erfinderische Tätigkeit und gewerbliche Anwendbarkeit
 - Mangelnde Einheitlichkeit der Erfindung
 - \boxtimes Begründete Feststellung nach Regel 66.2 a)ii) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung
 - Bestimmte angeführte Unterlagen
 - VII Bestimmte Mängel der internationalen Anmeldung
 - VIII 🗆 Bestimmte Bemerkungen zur internationalen Anmeldung
- Der Anmelder wird aufgefordert, zu diesem Bescheid Stellung zu nehmen. 3.
 - - Siehe oben genannte Frist. Der Anmelder kann vor Ablauf dieser Frist bei der Behörde eine Verlängerung beantragen, siehe Regel 66.2 d).
 - Wie? Durch Einreichung einer schriftlichen Stellungnahme und gegebenenfalls von Änderungen
 - nach Regel 66.3. Zu Form und Sprache der Änderungen, siehe Regeln 66.8 und 66.9.
 - Dazu: Hinsichtlich einer zusätzlichen Möglichkeit zur Einreichung von Änderungen, siehe Regel 66.4.
 - Hinsichtlich der Verpflichtung des Prüfers, Änderungen und/oder Gegenvorstellungen zu berücksichtigen,
 - siehe Regel 66.4 bis.
 - Hinsichtlich einer formlosen Eröterung mit dem Prüfer, siehe Regel 66.6.

Wird keine Stellungnahme eingereicht, so wird der internationale vorläufige Prüfungsbericht auf der Grundlage dieses Bescheides

4. Der Tag, an dem der internationale vorläufige Prüfungsbericht gemäß Regel 69.2 spätestens erstellt sein muß, ist der: 27.10.2004

Name und Postanschrift der mit der internationalen Prüfung beauftragten Behörde



Wann?

Europäisches Patentamt D-80298 München

Tel. +49 89 2399 - 0 Tx: 523656 epmu d

Fax: +49 89 2399 - 4465

Bevollmächtigter Bediensteter

Rabe, M

Formalsachbearbeiter (einschl. Fristverlängerung) Benigar, M

Tel. +49 89 2399-2996



l. (Grund	age	des	Besc	heids
------	-------	-----	-----	------	-------

1.	Hinsichtlich der Bestandteile der internationalen Anmeldung (Ersatzblätter, die dem Anmeldeamt auf eine Aufforderung nach Artikel 14 hin vorgelegt wurden, gelten im Rahmen dieses Bescheids als "ursprünglich eingereicht"):							
	Bes	chreibung, Seiten						
		omonading, conton						
	1-7		in der ursprünglich eingereichten Fassung					
	Ans	prüche, Nr.						
	1-9		in der ursprünglich eingereichten Fassung					
			and the same of th					
	Zeic	hnungen, Blätter						
	1/1		in der ursprünglich eingereichten Fassung					
2.	die i	internationale Anme	e: Alle vorstehend genannten Bestandteile standen der Behörde in der Sprache, in der eldung eingereicht worden ist, zur Verfügung oder wurden in dieser eingereicht, sofern hts anderes angegeben ist.					
	Die eing	Die Bestandteile standen der Behörde in der Sprache: zur Verfügung bzw. wurden in dieser Sprache eingereicht; dabei handelt es sich um						
		(nach Regel 23.1(b	••					
		die Sprache der Ül	gssprache der internationalen Anmeldung (nach Regel 48.3(b)). bersetzung, die für die Zwecke der internationalen vorläufigen Prüfung eingereicht legel 55.2 und/oder 55.3).					
3.	Hinsichtlich der in der internationalen Anmeldung offenbarten Nucleotid- und/oder Aminosäuresequenz ist die internationale vorläufige Prüfung auf der Grundlage des Sequenzprotokolls durchgeführt worden, das:							
	☐ in der internation		len Anmeldung in schriftlicher Form enthalten ist.					
			der internationalen Anmeldung in computerlesbarer Form eingereicht worden ist.					
		bei der Behörde nachträglich in schriftlicher Form eingereicht worden ist.						
	Die Erklärung, daß das nachträglich eingereichte schriftliche Sequenzprotokoll nicht über den Offenbarungsgehalt der internationalen Anmeldung im Anmeldezeitpunkt hinausgeht, wurde vor							
4	. Au	Aufgrund der Änderungen sind folgende Unterlagen fortgefallen:						
		Beschreibung,	Seiten:					
		Ansprüche,	Nr.:					
	. 🗀	Zojohnungan	Dlatte					

Dieser Bescheid ist ohne Berücksichtigung (von einigen) der Änderungen erstellt worden, da diese aus den angegebenen Gründen nach Auffassung der Behörde über den Offenbarungsgehalt in der ursprünglich eingereichten Fassung hinausgehen (Regel 70.2(c)).

5.

- 6. Etwaige zusätzliche Bemerkungen:
- V. Begründete Feststellung nach Regel 66.2(a)(ii) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung
- 1. Feststellung

Neuheit (N)

Ansprüche Ansprüche

Erfinderische Tätigkeit (IS) Gewerbliche Anwendbarkeit (IA)

Ansprüche

2. Unterlagen und Erklärungen:

siehe Beiblatt

SCHRIFTLICHER BESCHEID BEIBLATT

Es wird auf die folgenden Dokumente verwiesen:

D1: '3rd Generation Partnership Project; Technical Specification Group Core Network; Handover procedures (Release 5)' 3GPP TS 23.009 V5.1.0. 1. Juni 2002 (2002-06-01), Seiten 38-55, XP002255099

D2: WO 00/28774 A1

<u>Unterlagen und Erläuterungen zu Abschnitt V:</u> A.

1. Wie die Anmelderin in der vorliegenden Beschreibung auf Seite 1, Zeilen 18 bis 25 sowie durch eine entsprechende zweiteilige Form von Anspruch 1 selbst darlegt, ist ein Verfahren zur Durchführung eines Blind Handover gemäß dem Oberbegriff des Anspruchs 1 allgemein aus der 3GPP Spezifikation (siehe z.B. Dokument D1, insbesondere Abschnitt 8) bekannt.

Bei genauerer Betrachtung dieses bekannten Verfahrens zur Durchführung eines Blind Handover wird es für den Fachmann jedoch offensichtlich, daß ein wesentlicher Nachteil dieses Verfahrens in der Voraussetzung besteht, daß das Versorgungsgebiet der Zielzelle beim Intersystem-Handover mit dem der Ursprungszelle deckungsgleich ist. Bei mangelnder Übereinstimmung der Versorgungsgebiete ist die Situation daher nicht eindeutig, wodurch ein Fehler beim Handover auftreten kann, der einen Verlust der Verbindung zur Folge hat.

Der Fachmann würde daraufhin bei Konsultation des Standes der Technik im Gebiet des Mobilfunks und entsprechender Verfahren zur Durchführung eines Intersystem-Handovers, auf der Suche nach einer Lösung zur Beseitigung des obigen Nachteils, auf das Dokument D2 stoßen, das das Prinzip einer entsprechenden Lösung bietet. Im einzelnen offenbart das Dokument D2 (siehe insbesondere Zusammenfassung; Seite 6, Zeile 10 bis Seite 10, Zeile 16; Figuren 1 und 2) ein Verfahren zur Durchführung eines Intersystem-Handovers (siehe Seite 7, Zeilen 1 bis 2), wobei eine Mobilstation (siehe "26" in Figuren 1 und 2) von mehreren Basisstationen (siehe "18" und "20" in Figur 1) mit Funksignalen versorgt wird (siehe insbesondere Seite 6, Zeilen 20 bis 28), wobei

von der Mobilstation eine Laufzeitmessung von empfangenen Signalen durchgeführt wird, die an eine der Basisstationen übermittelt werden (siehe insbesondere Seite 7, Zeilen 33 bis 36; Seite 8, Zeilen 9 bis 15; "60" in Figur 2), seitens des Mobilkommunikationsnetzes anhand der empfangenen Daten der Aufenthaltsort der Mobilstation ermittelt wird (siehe insbesondere Seite 8, Zeilen 29 bis 33),

mit Hilfe einer Datenbasis (siehe "50" in Figur 2) anhand des ermittelten Aufenthaltsortes mindestens eine geeignete Basisstation für einen Intersystem-Handover ausgewählt wird (siehe insbesondere Seite 10, Zeilen 5 bis 16), und die Mobilstation auf Befehl der Basisstation den Handover zur ausgewählten Basisstation durchführt (siehe Seite 9, Zeilen 16 bis 21).

Ausgehend von dem allgemein bekannten Verfahren zur Durchführung eines Blind Handover (siehe z.B. Dokument D1) und unter Kenntnis der Offenbarung des Dokuments D2 wäre es für den Fachmann daher naheliegend, das Prinzip der in dem Dokument D2 beschriebenen Lösung (d.h. Auswahl einer Basisstation auf Basis des Aufenthaltsortes der Mobilstation bei einem Intersystem-Handover, wo-bei die Versorgungsbereiche von Ursprungs- und Zielzell nicht deckungsgleich sind) auf das allgemein bekannte Verfahren anzuwenden um den obigen Nachteil zu beseitigen, und somit, ohne erfinderisch tätig zu werden, zu einem Verfahren zur Durchführung eines Blind Handover gemäß den Merkmalen des Anspruchs 1 zu gelangen.

Der Gegenstand des Anspruchs 1 enthält somit lediglich eine Kombination bekannter und naheliegender Maßnahmen, die jeweils in ihrer normalen Wirkungsweise verwendet werden. Eine über die zu erwartende Summenwirkung hinausgehende erfinderische Wechselwirkung in Form einer derartigen gegenseitigen wirkungsmäßigen Unterstützung, daß ein neuer technischer Erfolg erreicht würde, tritt hierbei nicht auf.

Daher läßt der Gegenstand des vorliegenden Anspruchs 1 keine erfinderische Tätigkeit erkennen, Artikel 33 (3) PCT.

2. Auch die abhängigen Ansprüche 2 bis 9 enthalten keine zusätzlichen Merkmale, die in Kombination mit den Merkmalen irgendeines Anspruchs, auf den sie jeweils rückbezogen sind, zu einem auf erfinderischer Tätigkeit beruhenden Gegenstand führen könnten, da die Merkmale dieser Ansprüche lediglich Weiterbildungen des Verfahrens aus Anspruch 1 sind, die entweder im Prinzip aus

einem der Dokumente **D1** (siehe insbesondere Abschnitt 8; Figuren 18 und 21) oder **D2** (siehe insbesondere Zusammenfassung; Seite 6, Zeile 10 bis Seite 10, Zeile 16; Figuren 1 und 2) abgeleitet werden können, **oder** für den Fachmann im Gebiet des Mobilfunks und entsprechender Verfahren zur Durchführung eines (Blind) Intersystem-Handovers allgemein bekannte Ausgestaltungsvarianten darstellen.

Daher erfüllen die abhängigen Ansprüche 2 bis 9 nicht die Erfordernisse des Artikels 33 (3) PCT.

B. Weitere Bemerkungen zur vorliegenden Anmeldung:

- 1. Damit die Erfordernisse der Regel 5.1 a) ii) PCT erfüllt werden, sollten in der Beschreibungseinleitung die Dokumente **D1** und **D2** angegeben werden, die bezüglich der vorliegenden Anmeldung einen relevanten Stand der Technik darstellen; der darin enthaltene einschlägige Stand der Technik sollte kurz umrissen werden.
- 2. Falls neue Ansprüche eingereicht werden, so sollte die Beschreibungseinleitung (inklusive der Aufgabenstellung und resultierenden Vorteile) an diese neuen Ansprüche angepaßt werden, Regel 5.1 a) iii) PCT.
- 3. Um die Erfordernisse der Regel 6.3 b) PCT zu erfüllen, sollte jeder unabhängige Anspruch gegenüber dem nächstliegenden Stand der Technik deutlich in der zweiteiligen Form abgegrenzt werden.
- 4. Bei der Überarbeitung der Anmeldung insbesondere des einleitenden Teils einschließlich der Darstellung der Aufgabe oder der Vorteile der Erfindung, sollte darauf geachtet werden, daß kein Sachverhalt hinzugefügt wird, der über den Inhalt der Anmeldung in der ursprünglich eingereichten Fassung hinausgeht (Artikel 34 (2) b) PCT).
- 5. Die Anmelderin wird gebeten, die Änderungen auf Austauschseiten einzureichen. Auf die Erfordernisse der Regel 66.8 PCT wird hingewiesen.